Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 269 — MITTWOCH, 7. JUNI 1933 — MORGEN-AUSGABE

Ohne Gleichberechtigung?

Nachträgliche Aenderungen am Viererpakt — Neue Prüfung in Berlin

Die Prüfung des Viermächtepaktes, wie er mit Rücksicht auf Frankreich in der letzten Fassung formuliert worden ist, wird zur Zeit noch von den zuständigen Berliner Stellen vorgenommen. Es handelt sich dabei vor allem um die Aenderungen, die in der Frage der militärischen Gleichberechtigung vorgenommen worden sind. Die Entscheidung darüber, ob Deutschland der jetzigen Fassung zustimmen kann, muß mit aller Sorgfalt vorbereitet werden, weil sie von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Die Reichsregierung hatte zwar in der vorigen Woche dem Viererpakt bereits zugestimmt, aber in der Form, die ursprünglich von den in Rom beglaubigten Botschaftern der vier Mächte vereinbart worden war. Erst danach hat die französische Regierung, die vorher durch ihren Botschafter ebenfalls schon die Zustimmung ausgesprochen hatte, erklären lassen, daß sie doch noch eine Abänderung des Textes verlange. Die französische Regierung hat dann einen neuen Text vorgelegt, der jetzt die Grundlage der Beratungen in Berlin bildet. Der Zweck der Prüfung in Berlin ist es vor allem, festzustellen, ob der neue Text ausreichende Sicherheiten für die Frage der militärischen Gleichberechtigung bietet, um Deutschland auch weiterhin an dem Zustandekommen des Viermächtepaktes zu interessieren.

Gerüchte aus dem Ausland besagten, daß die italienische und englische Regierung dem neuen von Frankreich vorgeschlagenen Vertragstext bereits zugestimmt hätten. Das ist nur bedingt richtig. Beide Mächte haben nämlich erklärt, sie würden zustimmen, wenn die deutsche Zusage vorliegt. Bei Deutschland liegt also die Entscheidung. Falsch sind auch die Behauptungen, daß die italienische Regierung erklärt habe, sie würde ihre Vermittlung aufgeben, wenn Deutschland den jetzigen Text nicht annimmt. Denn es handelt sich ja darum, daß der von Deutschland bereits akzeptierte Text nachträglich einer Aenderung unterzogen worden ist. Die Verhandlungen über den Viermächtepakt sind also jetzt in das entscheidende Stadium getreten, und die Stellungnahme, zu der sich die Reichsregierung entschließen wird, bestimmt die weitere Entwicklung dieser Frage.

Mussolini: Ja oder Nein!

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 6. JUNI

Mussolini hat heute im italienischen Senat bei der Beratung des Etats des Außenministeriums folgende Erklärung abgegeben:

Die Verhandlungen über den Pakt der vier europäischen Mächte sind in eine Phase eingetreten, die binnen kurzem nur mit einem Nein oder Ja abgeschlossen werden kann. Ich behalte mir daher vor, nötigenfalls morgen weitere Erklärungen abzugeben.

Diese kurze Erklärung Mussolinis bestätigt, daß die Entscheidung über das Schicksal des Viererpakts nunmehr auf Messers Schneide steht. Der Wortlaut der Ausführungen läßt erkennen, daß es sich jetzt nur noch um ein letztes Wort handeln soll. Daß man hier auf Deutschlands Antwort im Laufe des morgigen Tages glaubt rechnen zu können, geht aus der Ankündigung Mussolinis hervor, eventuell morgen wieder das Wort zu ergreifen. Mussolini wird aber nur dann im Senat noch einmal das Wort nehmen, wenn Deutschlands Antwort positiv ausfällt. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß der Berichterstatter des Senats, Senator Rava, seinen Bericht mit dem Wunsche im Namen der Versammlung schloß, daß morgen der glückliche Tag des Vertragsabschlusses sein werde, der in der Geschichte denkwürdig bleiben müsse.

Daß Italien und Frankreich geneigt sind, ihre Unterschrift unter den jetzt vorliegenden Text zu setzen, ist bereits gesagt worden. Man darf aber in dieser Tatsache keinesfalls den Versuch sehen, auf Deutschland irgendeinen Druck auszuüben. Im Gegenteil legt man hier großen Wert auf die Feststellung, daß man Deutschlands Entschließung in keiner Weise beeinflussen wolle. Man darf jedenfalls bei Italien volles Verständnis voraussetzen, wenn die deutsche Regierung glaubt, in einer so prinzipiell bedeutsamen Frage keine Formulierung unterzeichnen zu können, die nicht dem Standpunkt Deutschlands ohne Abzug gerecht wird. Es wird auf italienischer und sicher auch auf englischer Seite voll anerkannt, daß Deutschland in dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen alle denkbare Bereitwilligkeit zur internationalen Zusammenarbeit gezeigt hat.

Das denaturierte Konzept

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 6. JUNI

Die Annahme des Viermächtepaktes durch die französische Regierung ist erfolgt, nachdem der in der letzten Woche noch vielumstrittene Artikel 3 eine weitgehende Umgestaltung erfahren hat. Da über die Frage, wie die künftige Abrüstung in dem Großmächtepakt festgelegt werden sollte, keine Einigung zu erzielen war, ist dieser Vertragsartikel ganz neu redigiert worden. Die jetzt vorliegende Fassung, die die Zustimmung Frankreichs gefunden hat, enthält, wie hier offiziös mitgeteilt wird, „keine direkte Erwähnung der Gleichberechtigung und erklärt lediglich, daß im Fall eines Mißerfolges der Abrüstung die Signatarmächte sich verständigen, um die Lage zu prüfen". Diese Fassung soll angeblich bereits die Zustimmung Englands und Italiens gefunden haben.

Die Pariser Presse enthält sich vorläufig noch jeden Kommentars und beschränkt sich auf die offiziellen und offiziösen Mitteilungen über den Paraphierungsbeschluß, doch ist anzunehmen, daß es hier auch an öffentlicher Kritik nicht fehlen wird, da die Rechte und auch einflußreiche Kreise der Linken die Unterzeichnung des Großmächtepaktes scharf bekämpft haben. In den der Regierung nahestehenden Kreisen sieht man den Pakt auch nicht als einen großen politischen Erfolg an, sondern man beurteilt ihn eher nach dem Prinzip des kleineren Uebels. Man meint, daß es sich nicht gelohnt hätte, wegen der Unterzeichnung sich in Gegensatz zu England zu bringen und die Empfindlichkeit Italiens zu verletzten. Zweckmäßiger wäre es vielmehr gewesen, den Text von allen für Frankreich gefährlichen Stellen zu „reinigen". Das sei in allen Punkten gelungen. Der jetzt vorliegende Vertragstext sei ein internationales Verständigungsdokument allgemeiner Art, dem für die Praxis hauptsächlich der Wert eines Konsultativpaktes zukomme.

Daladier fährt nach London

In dem gleichen Ministerrat, der den Viermächtepakt genehmigte, wurde auch die personale Zusammensetzung der französischen Delegation für die Weltwirtschaftskonferenz festgelegt. Der Plan, Caillaux mit der Führung der Delegation zu betrauen, ist auf persönlichen Wunsch des gesundheitlich nicht mehr ganz taktfesten früheren Ministerpräsidenten fallen gelassen worden. Zudem war dabei wohl auch der Wunsch maßgebend, daß Frankreich in London durch die führenden Männer der gegenwärtigen Regierung repräsentiert werde. Die Delegation wird daher unter der persönlichen Führung des Ministerpräsidenten Daladier stehen. Daneben werden aber auch alle anderen Minister, die irgendwie mit außenpolitischen Fragen zu tun haben, der Delegation angehören, so der Außenminister Paul-Boncour, der Finanzminister Georges Bonet, der Kolonialminister Sarraut, der Ackerbauminister Queuille, der Handelsminister Serre, der Minister für die Handelsmarine Frot und der Unterstaatssekretär für die Volkswirtschaft Patenôtre. Faktisch wird also wenigstens für die erste Zeit der Konferenz das französische Kabinett nach London übersiedeln.

Ermächtigungsgesetz auch in Württemberg

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

STUTTGART, 6. JUNI

Der Württembergische Landtag, der am 8. Juni eröffnet wird, soll nach Entgegennahme von Erklärungen des Reichsstatthalters Murr und des Ministerpräsidenten Mergenthaler über ein Ermächtigungsgesetz zur Behebung der Not des Landes Beschluß fassen, nach dem Muster der Ermächtigungsgesetze in verschiedenen anderen deutschen Ländern.

Das Fazit von Passau

Die letzten Scharen, denen der blaue VDA-Wimpel voranflatterte, haben die Stätte der volksdeutschen Pfingsten 1933 verlassen; die Worte der Mahnung und des Bekenntnisses sind verklungen, die Marschlieder verhallt, und es ist gut, sagen zu dürfen, daß die Veranstaltung der Siebentausend durch keinen schrillen Mißton gestört wurde. Der „Volksbund für das Deutschtum im Ausland" hat verstanden, aus der Not der lokalen Verschiebung eine Tugend zu machen, so daß diese „Alagenfurter Tagung in Passau" hinter ihren pfingstlichen Vorgängerinnen der letzten Jahre nicht nur nicht zurückstand, sondern zum schwungvollen Auftakt eines neuen Kapitels werden konnte. Weil wir die große Aufgabe des VDA auch für die Zukunft freudig bejahen, weil wir wissen, wieviel einem Volksbund für das Deutschtum im Ausland zu wirken bleibt, erscheint uns seine organisatorische Neuformung begrüßenswert. Aber auch über das Organisatorische hinaus sehen wir einige bedeutsame Ergebnisse der Passauer Tagung.

Parole der Sammlung

Zum ersten: es ist wirklich keine Kampftagung geworden, nicht gegen Oesterreich, nicht gegen ein anderes Land. Auch als schmerzliche Worte über den betrüblichen Zwist zwischen den Regierungen der beiden deutschen Länder fielen, mündeten sie nicht in eine Anklage. Damit hat der VDA am besten bewiesen, daß er etwas anderes ist als irgendein gleichgeschaltetes Instrument der Wilhelmstraße. In diesem Zusammenhang verdiente ein Brief Erwähnung, den der Stellvertreter des Führers der NSDAP, Rudolf Heß, an den Reichsführer des VDA schrieb und in dem es heißt:

„Ich weiß . . . sehr wohl, daß die Wirkungsmöglichkeit des Verbandes um so größer ist, je mehr er sich nach wie vor freizuhalten versteht von Einflüssen des offiziellen Deutschland, gleichgültig, ob dieses sich in Regierungen oder in Parteigebilden verkörpert, und sei es selbst in einer Bewegung, die im Grunde so wenig Partei im normalen Sinne ist wie die nationalsozialistische. Ich darf ausdrücklich betonen, daß diese meine Auffassung sich durchaus deckt mit der Auffassung des Führers selbst, die er auch verschiedentlich Vertretern der VDA gegenüber zum Ausdruck brachte und an der sich, wie ich weiß, heute weniger denn je etwas geändert hat."

So wird der VDA an seiner Aufgabe arbeiten. Ihm, als einem volksdeutschen Bund, muß bestimmt sehr, Trennungsmauern abzutragen, nicht aber durch Auftollung von Schuldfragen neue Steine zu schichten. Passau war ein Ort der Disziplin, einer vorbildlichen Haltung. Man schlug dort bei aller Ueberzeugungsfestigkeit den Grundton der Einigung, der Sammlung an, aus dem sich durchaus die künftige Melodie des deutsch-österreichischen Konzerts entwickeln könnte. Und es stellte sich dann heraus, daß durch die erzwungene Aenderung des Tagungsorts das Blickfeld der Arbeit wesentlich an Weite gewann; wo Klagenfurt, ganz natürlich, auf sehr spezielle Volkstumsprobleme des nahen Balkan hingelenkt hätte, erwuchs in Passau die Gesamtschau auf das Deutschtum des Südostens. Damit sind vor allem die jungen Mitglieder, die ja noch immer das zahlenmäßige Rückgrat des VDA bilden, in lebendige Beziehung zu brennenden Fragen getreten, die in der nächsten Zeit noch bedeutsamer zu werden versprechen als bisher schon.

Aktive Volkstumspolitik

Wenig erfreulich ist, was in Passau über die Situation des Auslandsdeutschtums festgestellt werden mußte. Die politische Neuordnung im Reich wurde zum Stichwort für einen Generalangriff auf alle Auspostenen unseres Volkstums. Es hat keinen Zweck, die Augen zu verschließen. Die Welt hat einfach nicht begriffen, daß der Sieg des Nationalsozialismus die deutsche Volkstumspolitik ja gar nicht im Wesen verändert, sondern lediglich auf eine breitere Basis stellt und die gesamtdeutsche Verbundenheit zu neuer Flamme entfacht. Das wird die Welt aber begreifen müssen, denn mit dieser Verbundenheit, mit diesem (volkshaft, nicht staatlich) Gleichberechtigt- und Gleichverpflichtet-sein aller Deutschen wird Ernst gemacht. Wir, die wir an dieser Stelle seit Jahren zu einer aktiven Volkstumspolitik aufgerufen haben, können nicht leugnen, daß früher amtliche und halbamtliche Stellen mindestens den Schein mangelhafter Entschlossenheit und Folgerichtigkeit nicht mieden. Wie damals, so ist auch heute unsere aufrichtige Ueberzeugung, daß eine solche aktive Volkstumspolitik die innere Kraft unserer bedrohten Volksgruppen im fernen Land erhöhen und sogar, weil die Klarstellung der Fronten die Atmosphäre reinigt, ein wertvoller Baustein zu einem ehrlicheren Europa sein kann. Schlimm ist nur, daß unsere Außenfronten in diesem Augenblick so schweren Belastungen ausgesetzt sind. In ihrem Kampf wird sie das